

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408  
Telefon: (02221) 21 90 39/39  
Telex: 08 88 846 pbbn d

## Inhalt

Hans Krollmann MdL,  
Hessens Kultusminister,  
vermittelt, weshalb die  
hessische Fend-Untersu-  
chung die Gesamtschul-  
diskussion entlastet: Im  
Leistungsvergleich nicht  
angreifbar. Seite 1/2

Dieter Haack MdB, Bun-  
desbauminister, unter-  
streicht, daß Städtebau-  
politik der Abstimmung  
mit der Verkehrspolitik  
bedarf: Verkehrsberuhi-  
gung schafft Wohnquali-  
tät. Seite 3/4

Egon Lutz MdB macht Be-  
merkungen zum Stand der  
Beratungen um die Neu-  
ordnung des Rechts auf  
Kriegsdienstverweige-  
rung: Gewissen läßt sich  
nicht prüfen. Seite 5/6

Dokumentation  
Es gibt mindestens zehn  
gute Gründe, SPD zu wäh-  
len (Auszug aus dem  
Entwurf eines SPD-Wahl-  
programms). Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02221) 812-1

35. Jahrgang / 54

18. März 1980

Im Leistungsvergleich nicht angreifbar

Hessische Fend-Untersuchung entlastet Gesamtschuldiskussion

Von Hans Krollmann MdL  
Kultusminister des Landes Hessen

Auch über die immer wieder geforderten Leistungsvergleiche mit traditionellen Schulen sind Integrierte Gesamtschulen jetzt kaum noch angreifbar. Nachdem die Abschlußberichte der "Wissenschaftlichen Begleitung von Gesamtschulen in Hessen", die unter Leitung von Professor Fend (Konstanz) durchgeführt wurden, jetzt vorliegen, steht fest, daß Gesamtschüler nicht "schlechter" sind als Schüler in herkömmlichen Schulen.

Die Schulleistungsvergleiche wurden am Ende des 6. Schuljahres und am Ende des 9. Schuljahres durchgeführt. In beiden Jahrgängen wurden je 36 Klassen an zwölf Integrierten Gesamtschulen und 36 Klassen in insgesamt sieben Hauptschulen, vier Realschulen und vier Gymnasien in Nordrhein-Westfalen ausgewählt. Im 9. Schuljahr wurden darüber hinaus auch noch die Testergebnisse von 18 Klassen an nordrhein-westfälischen Gesamtschulen und von vier Klassen an drei Hauptschulen des ehemaligen Dillkreises (Hessen) einbezogen.

Grundlage der Untersuchung bildeten Tests in den Leistungs-  
bereichen Deutsch, Englisch und Mathematik. Folgende Ergeb-  
nisse liegen dazu jetzt auf dem Tisch:



- Die Leistungsunterschiede zwischen Schülern der Gesamtschulen und Schülern tradierter Schulformen sind - wenn überhaupt feststellbar - nur gering.
- Vorteile lassen sich für die Gesamtschüler im mathematischen Bereich und für die Schüler tradierter Schulformen im sprachlichen Bereich feststellen.
- Das häufig erhobene Vorurteil, die Gesamtschule nivelliere Leistungen auf unterstem Niveau, wird durch die Untersuchung widerlegt.
- Die leistungsstärksten Schüler an den Gesamtschulen haben bessere Testergebnisse als die leistungsstärksten Schüler an traditionellen Gymnasien.

Die Leistungsberichte haben den Weg freigemacht, um sich wieder unbelastbar und intensiv um die Weiterentwicklung der großen erzieherischen Chancen, die die Integrierte Gesamtschule bietet, zu bemühen. Wenn es um selbständiges Arbeiten, um Kooperationsfähigkeit, um die Fähigkeit zum sozialen Miteinander und schließlich und endlich den Spaß am Lernen geht, ist die Gesamtschule ohnehin den traditionellen Schulen überlegen. Erwiesen ist ebenso eindeutig: Auf dem Weg zur Chancengleichheit sind Gesamtschulen der Konkurrenz weit voraus.

- Mit 66,3 Prozent weiterführender Abschlüsse liegen die Gesamtschulen besser als der Landesdurchschnitt,
- Kinder aus sozial schwächeren Schichten erreichen einen höheren Leistungsstatus,
- die Bildungsbenachteiligung von Mädchen wird weitgehend ausgeglichen.

Als weitere Konsequenz aus der Fend-Untersuchung muß jetzt endlich die überflüssige Diskussion um die Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse zu den Akten gelegt werden. Es kann den Eltern von Gesamtschülern und den Schülern selbst kaum länger zugemutet werden, daß man sie mit einer Scheindiskussion belastet, die alleine unter wahltaktischen Aspekten angezettelt worden ist.

Für die weitere Gesamtschulentwicklung wird es auch von Bedeutung sein, ob es gelingt, die Schwachstellen, die die Untersuchung zu Tage gefördert hat, zu reparieren. Es geht insbesondere darum, die Situation der lernschwächsten Schüler an den Gesamtschulen zu verbessern. Dies kann nur gelingen über eine verstärkte Lehrerzuweisung, durch zusätzliche Stützkurse und durch eine Ausweitung des Polytechnikangebots.

Außer Frage steht, daß die Schulentwicklung der kommenden Jahre notwendig macht, auf zurückgehende Schülerzahlen in der Mittelstufe mit organisatorischer Flexibilität zu reagieren. Hier bietet die Gesamtschule und gesamtschulähnliche Systeme beste Möglichkeiten, um unterschiedliche Bildungsgänge wohnortnah zu sichern. (-/18.3.1980/hj/ca)



Verkehrsberuhigung schafft Wohnqualität

Städtebau braucht Abstimmung mit der Verkehrspolitik

Von Dr. Dieter Haack MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der Bundesrat wird in dieser Woche abschließend eine Novelle zum Straßenverkehrsgesetz behandeln, die bereits Ende Februar vom Bundestag in zweiter und dritter Lesung verabschiedet worden ist. Nach dem derzeitigen Stand der Beratungen scheint es wahrscheinlich, daß das Gesetz auch die letzte Hürde im Bundesrat nehmen wird.

Mancher könnte zunächst fragen, was hat der Städtebauminister mit dem Straßenverkehrsgesetz zu tun? Das Engagement der Städtebaupolitik in diesem Bereich basiert auf der Erkenntnis, daß in ganz erheblichem Maße die Attraktivität des Wohnens in unseren Städten durch Verkehrsprobleme beeinträchtigt wird. Immer deutlicher wird heute, daß die Wohnzufriedenheit in der Stadt nicht nur von der Wohnung sondern mehr noch von der Wohnunggebung, dem Wohnumfeld abhängt. Ein ganz wichtiger Teil des Wohnumfeldes sind die Straßen. Sie bieten heute in unseren Städten zu wenig Fläche für Fußgänger und Radfahrer. Die Möglichkeiten zu Begegnung, Spielen und Verweilen sind durch den Autoverkehr stark eingeschränkt. Verkehrsgefährdung, Verkehrsbelästigung, Parkprobleme und der Mangel an Freiflächen bedrängen die Bewohner vor allem in den dicht bebauten Wohngebieten. Eine der ganz wichtigen städtebaulichen Aufgaben ist daher eine Verbesserung des Wohnumfeldes durch Beruhigung des Verkehrs.

Wir müssen in den Wohngebieten die Straßen grundlegend ändern, um Wohnlichkeit, Umweltqualität, Verkehrssicherheit und Stadtbild deutlich zu verbessern. Dies war für uns der entscheidende Grund, im Rahmen einer Novelle des Straßenverkehrsgesetzes auch städtebauliche Anliegen einzubringen. Mit der jetzt vor der Verabschiedung stehenden Novelle schaffen wir die Basis für die Gemeinden, rechtlich gesichert, verkehrsberuhigte Bereiche einrichten zu können. Die Novelle beseitigt die rechtlichen Zweifel, die bei der Kennzeichnung von Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen vereinzelt aufgetreten sind. Sie enthält ferner die Möglichkeit, Parkvorrechte für Anwohner citynaher Wohnstraßen einzuführen. Die



Maßnahme soll den Anwohnern von Gebieten mit sehr vielen Fremdparkern ein wohnungsnahes Parken ermöglichen. Einem ähnlichen Anliegen dient das mögliche Parkverbot für Lkw innerhalb geschlossener Ortschaften während der Nacht und an Sonn- und Feiertagen. Nur Industrie- und Gewerbegebiete sind von diesem Verbot ausgenommen.

Für den Städtebauminister des Bundes ist die Verbesserung des Wohnumfeldes durch Verkehrsberuhigung natürlich keine isolierte Maßnahme. Wohnungspolitik, Städtebaupolitik und Stadtverkehrspolitik müssen eine Einheit bilden und gemeinsam dazu beitragen, daß der Wohnwert unserer Städte erhalten und verbessert wird. Dies ist ganz entscheidend vor allem auch für Familien mit Kindern, für alten Menschen und für Behinderte. Die enge Verknüpfung von Städtebaupolitik und Verkehrspolitik wird in der Novelle zum Straßenverkehrsgesetz wohl zum ersten Mal in dieser Form deutlich.

Mit einem Gesetz allein ist natürlich noch wenig getan. Es kommt jetzt auf die Umsetzung und Anwendung in unseren Städten an. Dabei wird man nicht mit Verkehrsschildern und Markierungen allein den Autoverkehr verlangsamen oder Freiräume für Fußgänger und Radfahrer vergrößern können. Hierzu bedarf es einer Neugestaltung des gesamten Straßenraums, die die Gleichberechtigung von Fußgänger, Fahrrad und Autoverkehr auch optisch deutlich macht. Verkehrsberuhigung und ihre Einbindung in eine umfassende Stadtentwicklungspolitik ist für die meisten Gemeinden eine ganz neue Planungsaufgabe. Ihre Notwendigkeit hat sich allerdings, dies zeigen vielfältige Reaktionen, schon jetzt im Bewußtsein vieler unserer Bürger und gerade auch der Kommunalpolitiker festgesetzt. Konflikte werden dabei oft nicht zu vermeiden sein. Denn die Verteilung des knappen und kaum vermehrbaren Straßenraums ist ohne Zweifel schwierig. Deshalb müssen die Diskussionen über das, was im einzelnen in einer Kommune getan werden soll, in den Wohngebieten geführt werden. Die Entscheidungen müssen in den Gemeinden unter Beteiligung der Bürger fallen.

(-/18.3.1980/vo-he/ca)



### Gewissen läßt sich nicht prüfen

---

#### Bemerkungen zum Stand der Beratungen um eine Neuordnung des Rechts für Kriegsdienstverweigerung

Von Egon Lutz MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Über die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit, eine persönliche Gewissensentscheidung von Staats wegen überbrücken zu können, ist schon viel diskutiert worden. Das letzte Mal in einem öffentlichen Anhörungsverfahren des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung im Deutschen Bundestag. Nahezu einhellig verurteilten die Experten die gegenwärtigen Prüfungsverfahren und ihre mitunter grotesken Ergebnisse. Wenn es dazu noch einer besonderen Unterstreichung bedurft hätte, so ist sie jetzt von einer Prüfungskammer im Wehrbereich Nürnberg geliefert worden. Dort wurde der Antrag eines Wehrdienstverweigerers mit der hanebüchernen Begründung abgelehnt, der Antragsteller sei nicht bereit, auf seinen Pkw zu verzichten, obwohl er so als Verkehrsteilnehmer die Gefährdung des Lebens anderer bewußt in Kauf nehme.

Der seltsame Spruch der Nürnberger ist im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung bereits behandelt worden. Die Regierungssprecher distanzieren sich von der Entscheidung, sagten eine Prüfung zu und wollen die Betroffenen zur Verantwortung ziehen. Im übrigen aber, so beteuerten sie, sei das Prüfungsverfahren durchwegs liberaler geworden, es seien immer nur krasse Einzelfälle, die dann, entsprechend aufgebauscht, die Öffentlichkeit beunruhigten.

Lassen wir den Optimismus solcher Aussagen einmal ungeprüft, die ganze Fragwürdigkeit des Verfahrens bleibt. Nach wie vor ist es für den einzelnen Verweigerer ein Lotteriespiel, vor welchen Prüfungsausschuß, vor welche Kammer er gerät. Schon regional gibt es bemerkenswerte Unterschiede, aber auch die zufällige Besetzung der Ausschüsse spielt eine erhebliche Rolle. Die sozialliberale Koalition hatte recht daran getan, diesen ganzen Unfug abschaffen zu wollen. Daß sie mit ihrem Gesetz am Bundesverfassungsgericht letztlich gescheitert ist, macht eine Neuregelung nicht weniger notwendig.

Wie schwer es eine Reform dennoch hat, zeigen die ermüdenden interfraktionellen Gespräche und Verhandlungen über zwei Jahre. Weil die Reform nach der Entscheidung der Karlsruher Richter zustimmungsbedürftig ist, gingen SPD und FDP bis an die Gren-



zen des überhaupt Kompromißfähigen, um gemeinsam mit den Unionsparteien ein neues Gesetz zustande zu bringen. Doch auch diese, schon arg strapazierte Formel, war den bayerischen Unionschristen nicht scharf genug. Sie widerriefen die interfraktionell getroffene Vereinbarung und zwangen die CDU, einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen. Beide Entwürfe (der ehemals interfraktionelle als SPD/FDP-Antrag und die CDU/CSU-Vorlage) stehen in diesen Wochen zur Schlußberatung im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung an.

Wenn nicht alles trügt, haben auch die Mahnungen der Experten aus allen Bereichen einschließlich der Kirchen wenig Eindruck auf die Opposition gemacht. Sie beharrt auf der Beibehaltung des mündlichen Verfahrens als Regelfall und will die bestehende Praxis eher noch verschärfen als abmildern. Die Fragwürdigkeit soll also noch fragwürdiger werden.

Dabei - und auch das hat sich in den Beratungen gezeigt - hat das Bundesverfassungsgericht keineswegs eine Gewissensüberprüfung bindend vorgeschrieben. Wenn der Ersatzdienst entsprechend ausgestaltet ist, so meinen die Richter, könne allein die Entscheidung für den längeren und schwierigeren Zivildienst schon ein hinreichender Hinweis für die Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung des Einzelnen sein.

Im Klartext heißt das: Verlängerte Zivildienstzeiten, die Gewißheit, auch tatsächlich zum Dienst gerufen zu werden, seine Ausgestaltung als "lästige Alternative" würden völlig genügen, um vom Prüfungsverfahren generell wegzukommen. Natürlich kann bei der Verschärfung der Anforderungen an den Zivildienstleistenden der Gesetzgeber nicht willkürlich hohe Barrikaden errichten, er ist an das Gleichbehandlungsgebot der Verfassung gebunden, aber er hat, nach Meinung der Richter, ausreichend Gestaltungsmöglichkeiten.

Sollten sich die Unionsparteien weiterhin als völlig unfähig zum Kompromiß erweisen, müßte sich auch für SPD und FDP die Frage neu stellen, ob sie am ursprünglich interfraktionellen Antrag weiterhin festhalten sollen oder nicht. Der Entwurf hat nicht wenige Mängel. Sie sind in den Beratungen deutlich zutage getreten. Es wäre nicht unvernünftig, bei der zweiten und dritten Beratung im Deutschen Bundestag diese Mängel abzustellen, eine saubere gesetzliche Regelung zu treffen und dabei selbst das Risiko bewußt in Kauf zu nehmen, daß der so verbesserte Entwurf am Veto des Bundesrates letztendlich scheitert. Dann mögen die CDU/CSU-geführten Länder die Verantwortung für Ihre unverantwortliche Blockadepolitik übernehmen. (-/18.3.1980/ks/ca)

+ + +



## D O K U M E N T A T I O N

Dem Entwurf eines Wahlprogramms der SPD, der am 17. März vom Parteivorstand verabschiedet worden ist und am 9./10. Juni auf einem außerordentlichen Parteitag in Essen beraten wird, sind zehn gute Gründe vorangestellt, SPD zu wählen. Wir dokumentieren den Text.

### Es gibt mindestens zehn gute Gründe, SPD zu wählen

#### 1. Grund: Die SPD ist die Partei des Friedens

Jenseits von Frieden gibt es keine sinnvolle menschliche Existenz. Deshalb hat die SPD in ihrer 117jährigen Geschichte nie auf der Seite derer gestanden, die die Menschen in Konfrontation, Krieg und Zerstörung getrieben haben. Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen.

#### 2. Grund: Die SPD schafft Sicherheit durch aktive Friedenspolitik

Aktive Friedenspolitik heißt Sicherheit durch Entspannung und Abrüstung auf der Grundlage des Gleichgewichts der Kräfte.

Sicherheit für die Menschen in unserem Land gibt es nicht durch Konfrontation und Rückkehr zum Kalten Krieg, sondern nur durch unseren soliden Beitrag zum Bündnis und das Bemühen um die Fortsetzung der Entspannungspolitik und Zusammenarbeit auch unter erschwerten Bedingungen.

#### 3. Grund: Die SPD stärkt den Zusammenhalt der deutschen Nation

Unsere Deutschlandpolitik dient den Menschen in beiden deutschen Staaten.

Menschliche Erleichterungen, Wirtschaftsaustausch und die Sicherung der Lebensgrundlagen Berlins haben den Zusammenhalt gestärkt - gegen die in gestrigen Formeln erstarrte Politik der Opposition.

#### 4. Grund: Die SPD sichert den Frieden durch gerechten Ausgleich zwischen Nord und Süd

Es ist nicht nur ein Gebot der Moral, sondern auch der Vernunft, daß wir alles daransetzen, den krassen Gegensatz zwischen reichen und armen Ländern in der Welt abzubauen. Millionenfacher Hunger ist weitpolitischer Sprengstoff. Deshalb wollen wir mehr Ausgleich und bessere Zusammenarbeit mit der Dritten Welt.

#### 5. Grund: Die SPD ist die Partei der arbeitenden Menschen

Vollbeschäftigung bleibt das Ziel Nummer 1 unserer Wirtschaftspolitik. Der technische Wandel darf nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen. Deshalb werden wir den Schutz und die Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer ausweiten. Wir stehen ein für Selbständige, deren Existenz als Handwerker, Kaufleute, Gewerbetreibende, Frei-Berufler und Landwirte auf ihrer Fähigkeit zur Arbeit beruht. Wir stehen zu der politischen Verantwortung für eine aktive Strukturpolitik.

Eine gesicherte Energieversorgung bleibt die Voraussetzung für vernünftiges Wachstum. Sorgsamer Umgang mit wertvollen Rohstoffen ist genauso wichtig wie der Schutz der natürlichen Umwelt.



6. Grund: Die SPD sichert den Frieden im Innern durch soziale Gerechtigkeit

Sicherheit für die Menschen in unserem Land gibt es nur durch die Festigung des sozialen Netzes, durch mehr Teilhabe und Gleichberechtigung, nicht durch Abbau sozialer Gerechtigkeit.

Wir wollen die Alterssicherung zukunftsgerecht weiter entwickeln und so für Sicherheit im Alter sorgen, besonders für die Frauen. Die SPD hat schon an der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern gearbeitet, als andere ihnen noch das Wahlrecht vorenthalten wollten.

7. Grund: Wer morgen sicher leben will, muß heute die Zukunft gestalten

Deshalb werden wir alles daran setzen, die Wohnwelt menschlicher zu gestalten. Deshalb machen wir eine andere Verkehrspolitik. Deshalb kann sich die junge Generation auf unsere Solidarität verlassen. Und deshalb fragen wir uns, ob alles technisch Mögliche auch gesellschaftlich wünschbar ist; das gilt besonders für die neuen Medien.

8. Grund: Die SPD bleibt die Partei der Freiheit und Toleranz

Die SPD hat immer gekämpft für Freiheit von Not und Angst. Mit unserem Grundgesetz haben wir die freiheitlichste Verfassung, die es je in Deutschland gab. In dieser Freiheit haben wir uns immer wieder zu bewähren.

Die SPD ist eine lebendige, diskutierende Partei mit Kraft zur Entscheidung und Geschlossenheit. Wir sind stolz darauf, daß es in unseren Reihen unterschiedliche Meinungen gibt und keine von oben verordnete Einförmigkeit.

Wir streiten für die Freiheit der Andersdenkenden und stehen gegen alle Versuche der Einschränkung des kritischen Geistes.

9. Grund: Damit unsere Gesellschaft menschlicher wird: Solidarität und Selbstverantwortung

"Wir erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann." Diesen Auftrag unseres Godesberger Programms nehmen wir ernst. Deshalb stehen wir gegen die Ellbogen-Gesellschaft. Denn: Gerade in schwierigen Zeiten brauchen wir mehr Solidarität.

Die Zukunft unseres Landes hängt nicht allein davon ab, was der Staat für die Bürger tut, sondern mehr noch von der Bereitschaft der Bürger, etwas füreinander und für das Gemeinwesen zu leisten.

10 Grund: Bundeskanzler Helmut Schmidt

(-/18.3.1980/ks/ca)

+ + +  
Verantwortlich: Willi Carl

